Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 37 (2018)

Heft: 71

Artikel: Freiheit der Wissenschaft? : Ökonomisierung der Hochschule und Debatten um Wissenschaft

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-781023

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DISKUSSION

AG Hochschulpolitik*

Freiheit der Wissenschaft?

Ökonomisierung der Hochschule und Debatten um Wissenschaft

Die Wissenschaft und die wissenschaftliche Freiheit gehören zum Selbstverständnis bürgerlicher Gesellschaften. Auch in der Schweiz ist diese Freiheit im 20. Artikel der Bundesverfassung verankert: «Die Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung ist gewährleistet.» Um diesen demokratischen Wert wird zurzeit eine zunehmend heftige gesellschaftliche Debatte geführt.

Wir schlagen vor, die Infragestellung dieses Wertes im Kontext der aktuellen «Vielfachkrise» zu verstehen (Demirovi/Maihofer 2013). In dieser greifen unterschiedliche Krisenphänomene ineinander (Krise der Demokratie, der Repräsentation, des Wohlfahrtsstaates, des Finanzmarktes, der Geschlechterverhältnisse oder die ökologische Krise), ohne dass diese unterschiedlichen, gleichzeitig auftretenden Krisenphänomene auf eine gemeinsame Ursache zurückgeführt werden könnten. Unser Argument folgt den in diesem Zusammenhang formulierten Überlegungen und plädiert dafür, die aktuelle Krise der wissenschaftlichen Freiheit – oder gar der Wissenschaft insgesamt – nicht einzig als neoliberale Umgestaltung zu verstehen, sondern weitere Motive zu berücksichtigen.

* Die AG Hochschulpolitik ist eine unabhängige Arbeitsgruppe der Graduate School of Social Sciences (G3S) der Universität Basel. Sie bearbeitete das Thema dieses Artikels im letzten Jahr mit der Ringvorlesung «Geld-Macht-Wissen: (Un-)Möglichkeiten von Wissenschaft heute». Für diesen kollektiv erarbeiteten Text zeichnen Jonas Aebi, Malte Flachmeyer, Sarah Khayati, Matthias Luterbach, Tobias Rein und Anika Thym. Wir bedanken uns bei allen, die in den Diskussionen rund um die Textgestaltung mitgearbeitet haben.

Auseinandersetzungen um Wissenschaft

Für die Krise der wissenschaftlichen Freiheit kann die Präsidentschaft von Donald Trump sinnbildlich herangezogen werden. Sein Umgang mit wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und der Forschung insgesamt – etwa betreffend Klimawandel – hat das Selbstverständnis der bürgerlichen Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Entsprechend wurde er kritisiert: Im April 2017 fand in Anknüpfung an den «Women's March» ein «March for Science» statt, der sich gegen die Infragestellung insbesondere der Klima- und Umweltforschung und gegen «alternative facts» richtete. «Wer Wissenschaft angreift, greift auch Demokratie an», lautete eine der Parolen der Kundgebung (SRF 2017). Die Demonstrant*innen insistierten, dass es zu einer Demokratie gehöre, Entscheidungen auf der Grundlage differenzierter Erkenntnisprozesse zu treffen. Auch in Genf wurde demonstriert, das Unbehagen der Demonstrierenden orientierte sich aber vorwiegend an den Geschehnissen in den USA. In der Schweiz, so liessen Teilnehmende verlauten, sei die Situation gut, aber man müsse wachsam sein (ebd.).

Doch die medial und in den Parlamenten geführten Debatten um die Universitätsbudgets, aber auch um die Personalien einzelner Lehrbeauftragter und Professor*innen machen deutlich, dass die Infragestellung wissenschaftlicher Freiheit sowohl auf struktureller wie auf personaler Ebene längst in der Schweiz angekommen ist. Möglicherweise argumentieren die Kontrahent*innen zunächst weniger laut und schrill als in den USA, dennoch sind die Angriffe sehr grundsätzlich und heftig. Wir konzentrieren uns in der Folge exemplarisch auf die Universität Basel, die vorwiegend von den Trägerschaftskantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft finanziert wird.

Die politische Debatte um die Universität wird *einerseits* durch die Sparpolitik dominiert, insbesondere im Kanton Basel-Landschaft, in dem unter dem Eindruck eines interkantonalen Steuerwettbewerbs Steuersenkungen vorgenommen wurden. Darauf folgen nun Budgetkürzungen. Bereits im März 2015 hatte die Schweizerische Volkspartei Baselland (SVP BL) in einer Motion verlangt, den Universitäts-Trägerschaftsvertrag zwischen den beiden Basler Kantonen zu kündigen (Landrat BL 2015a). Die Kündigung wurde im Parlament zwar abgelehnt, jedoch der Regierung die Aufgabe erteilt, die Trägerschaft neu zu verhandeln (Landrat BL 2015b). Seither sieht sich der basellandschaftliche Regierungsrat «aufgrund [seiner] sehr schwierigen finanziellen Lage gezwungen, das rasante Kostenwachstum von [seinen] Trägerschaftsbeiträgen zu bremsen», wie es die freisinnige Bildungsdirektorin Monica Gschwind in den Medien formulierte (Telebasel 2017). Federführend bei den Sparübungen waren neben der SVP auch Teile der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP). Der Druck auf die Wissenschaft lässt sich also im Kontext einer neoliberalen Umgestaltung unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche verstehen, die von diesen Parteien politisch vorangetrieben wird.

Die SVP machte *andererseits* im August 2017 deutlich, dass die Sparübung vor allem Anlass für eine inhaltliche und wirtschaftliche Neuausrichtung der Universität ist. Oskar Kämpfer, Präsident der SVP BL, erklärte im Interview mit *Telebasel* vielsagend, der basellandschaftliche Trägerschaftsbeitrag könne auch verdoppelt werden, wenn man wisse, «die Uni entwickelt sich in die Richtung, wie wir wollen» (ebd.). Das heisst: wenn also die inhaltliche und politische Stossrichtung der Universität im Sinne der SVP ist. Ebenso lehnte die Mehrheit der bürgerlichen Nationalräte von Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine im Nationalrat 2016 beantragte Erhöhung der Bundesbeiträge an Universitäten ab, auch wenn diese für eine finanzielle Entlastung der Kantone gesorgt hätte (Tageswoche 2018).

Infrage gestellt wird somit die universitäre Ausrichtung. Dabei geht es – auch wenn dies selten explizit benannt wird – in Basel um eine Stärkung der Life Sciences und um einen Abbau der Sozial- und Geisteswissenschaften. Dabei liessen sich, so Christoph Eymann, Nationalrat der Liberal-Demokratischen Partei BS, «Einsparungen [...] damit nicht erzielen, auch weil die infrage kommenden [sozial- und geisteswissenschaftlichen] Studiengänge relativ wenig kosten» (ebd.). Im Gegenteil: Aufgrund der pro Studierende*r entrichteten Finanzbeiträge werden die Naturwissenschaften oft über die kostengünstigen Sozial- und Geisteswissenschaften querfinanziert.

Liberale und rechte Strategien gegen die wissenschaftliche Freiheit

Diese Interventionen gegen die Universität haben unterschiedliche Motive, die ineinandergreifen und zur Krise der (Freiheit der) Wissenschaft beitragen. Es lassen sich insbesondere zwei Stossrichtungen, eine liberale und eine rechte, ausmachen:

1) Für den neoliberalen Umbau der Hochschulen war das neue nationale Universitätsfördergesetz aus dem Jahr 2000 massgeblich. Dieses führte die Kernelemente der neuen institutionellen Rahmenbedingungen ein, die ein marktförmiges Funktionieren des Hochschulbereichs ermöglichen sollen (Gemperle/Streckeisen 2011, 256). Die Bolognareform und internationale Anforderungen wurden in der Schweiz genutzt, um – im Kontext eines bereits bestehenden Diskurses einer ökonomischen Krise – strukturelle Änderungen zu erwirken. Unter Bezugnahme auf internationale Abkommen konnte der Bund Druck auf die Kantone ausüben, die Unabhängigkeit der Universitäten einschränken und die Universitätsleitungen innerhalb der Hochschulen stärken. Erstmals seit 1970 wurden die Bundesbeiträge an die Universitäten substanziell erhöht. Diese Mittelvergabe wurde jedoch mit Bedingungen bei der Umsetzung der Bolognareform verknüpft. Zwischen 1999 und 2004 verdoppelten sich so die öffentlichen Ausgaben für Universitäten und eidgenössische technische Hoch-

schulen (ETH). Dabei handelte es sich jedoch um einen selektiven Anstieg der Mittel, an dem die Sozial- und Geisteswissenschaften kaum teilhatten (ebd., 257). Im Januar 2018 machte sich die FDP BL zudem für eine Verabschiedung vom Konzept der Volluniversitäten stark: Anstelle von Universitäten, an denen alle grundlegenden wissenschaftlichen Fachbereiche gelehrt werden, solle eine «Universität Schweiz» entstehen, deren einzelne Standorte sich inhaltlich spezialisieren sollen (Tageswoche 2018). Dieser Vorschlag der FDP schliesst an die Vorstellung einer stark differenzierten Hochschullandschaft an, wie sie 2004 vom wirtschaftsliberalen Think-Tank Avenir Suisse formuliert wurde. Gleiches gilt für die Forderung nach einer starken Erhöhung der Studiengebühren (Avenir Suisse 2004). Bei dieser Entwicklung geht es unserer Einschätzung nach vor allem um eine Orientierung an neoklassischen Vorstellungen von Gesellschaft sowie an positivistischen Forschungsmethoden, um das Vertrauen in den Markt und den Einfluss der Wirtschaft. Konsequenz ist die Verstärkung eines Klassensystems: zwischen ETH und kantonalen Universitäten, zwischen Naturwissenschaften und Sozial- und Geisteswissenschaften, zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Gestärkt werden die Freiheit der individuellen Kaufkraft, indem nur noch studieren kann, wer es sich leisten kann, und wirtschaftliche Interessen, da prioritär die Forschungsbereiche gefördert werden, die für die lokale Wirtschaft nützlich sind (siehe Universität Basel 2017).

2) Auch wenn es inhaltliche, personelle und strategische Überschneidungen mit der liberalen Position gibt: Die rechte Kritik folgt einer anderen Diskurslogik. Hier geht es um einen Angriff auf bestimmte Wissensproduktionen und bestimmte Formen von Wissen, deren Einsichten verhindert werden sollen. Dementsprechend geraten mit dieser Kritik besonders einige unliebsame Wissenschaftsbereiche unter Druck: Forschung zu Klima- und Nachhaltigkeit, sozialer Ungleichheit und zum Globalen Süden, zu Geschlechterforschung, Nahoststudien oder Migrationsforschung (siehe Weltwoche 2012). Unlängst zielte diese rechte Kritik etwa auf den Sozial- und Wirtschaftshistoriker Philipp Sarasin. Seine Beteiligung am Blog *Geschichte der Gegenwart* wird als Beispiel einer Wissenschaft postuliert, die sich an einem «linken Mainstream» orientiere (NZZ 2017). Statt inhaltlicher Kritik an Thesen wird die Person und ihr Handeln mit Schmutzkampagnen medial verunglimpft. Hintergrund dieser Anfeindung sind heftig geführte historische Debatten um die Nationalgeschichte der Schweiz und den Umgang mit nationalen Mythen, wie sie etwa anlässlich der Gedenkfeier um die Schlacht von Marignano geführt werden (siehe Sarasin, in NZZ 2015). In Stellung gebracht werden soll eine Geschichtswissenschaft, die nationalkonservativen Erzählungen zudient.

In diesen Debatten geht es immer wieder um die Absicherung von Privilegien sowie darum, zu verhindern, dass Wissen über gesellschaftliche Probleme und Diskriminierung Eingang in die Politik findet. Ambivalente und kritische Selbstbezüge werden abgewehrt. Gemeinsam mit der liberalen Kritik wird hier «staat-

liche Intervention» skandalisiert und auf einem negativen Verständnis von Freiheit – Freiheit vor staatlicher Intervention – insistiert. Gegen Wissensproduktion, welche Unfreiheit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufzeigt und (staatliche) Unterstützung zur Ermöglichung dieser Werte fordert, wird aktuell polemisch, undifferenziert und unter Verletzung journalistischer Standards vorgegangen (WOZ 2017).

Diese Kritiken haben bereits Effekte auf die entsprechenden Forschenden und stellen diese vor Herausforderungen. Durch die ständige Infragestellung der Geisteswissenschaften kann in diesen «von Planungssicherheit keine Rede mehr sein» (Eymann, in Tageswoche 2018). Das führt dazu, dass vor dem Hintergrund angedrohter Stellenstreichungen und der Auflösung ganzer Forschungsbereiche eine ergebnisoffene, vielfältige und dementsprechend kontroverse Forschung und Diskussion stark erschwert wird. Insbesondere die rechte Kritik – die Kritik an bestimmten Forschungsfeldern und ihre öffentliche Skandalisierung – sorgt zudem für ein Klima der Angst und der inneren Zensur. Das verhindert Diskussionen und Erkenntnisse, da es schwieriger wird, sich vorbehaltlos in der Öffentlichkeit zu den eigenen Forschungsthemen zu äussern. Hier gilt es, sowohl für Rahmenbedingungen einer differenzierten und (selbst)kritischen öffentlichen Debatte einzustehen als auch Techniken zu entwickeln, über die kritische Inhalte im Kontext der gegenwärtigen «Prekarität von Kritik» (Maihofer 2013) dennoch vermittelt werden können.

Zur Ökonomisierung des Hochschulwesens

Zur Prekarisierung der Kritik tragen auch die Auswirkungen der strukturellen Veränderung des Hochschulbetriebs bei, die wir als «Ökonomisierung» des Hochschulwesens diskutieren. Wir verstehen unter Ökonomisierung den Prozess, mit dem gesellschaftliche Teilbereiche – hier die Bildung als Teil des Service public – nun verstärkt nach ökonomischen Denkweisen und Organisationsprinzipen umgestaltet werden. Es handelt sich dabei um Teilbereiche, die in der Vergangenheit von wirtschaftlichen Anforderungen relativ unabhängig gehalten wurden und deshalb stärker nach einer «eigenen Logik» funktionieren konnten. Während zuvor materielle Ressourcen vorwiegend ein Mittel zur Erreichung spezifischer, nicht ökonomischer Ziele waren – zum Beispiel Erarbeitung und Vermittlung valider Forschungsergebnisse –, wird es nun vermehrt zu einer zentralen Zielsetzung, ökonomisch-monetäre Verluste zu vermeiden oder gar Gewinne zu erzielen.[1]

Als zwingender Grund wird hierfür in der Regel die *allgemeine* Knappheit finanzieller Mittel angeführt. Treffender wäre es, explizit von der Knappheit öffentlicher Mittel zu sprechen. Denn seit Jahren wachsen Privatvermögen exponentiell und die Vermögensungleichheit[2] nimmt zu. Das macht deutlich, dass

der Entzug finanzieller Förderung, beispielsweise im Hochschulwesen, keinesfalls «zwangsläufig» erfolgt. Spezifische Verknappung sollte nicht mit allgemeiner Knappheit verwechselt werden, und die Frage, wie viele Finanzmittel aus der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in ein Teilsystem umverteilt werden, ist keine rein ökonomische, sondern wesentlich eine politisch-normative. Die Ressourcenknappheit sogenannt unrentabler Teilsysteme wird politisch erzeugt. Unterschiedliche Ökonomisierungsgrade sind folglich das veränderbare Resultat politischer Aushandlungsprozesse, der zunehmende gesellschaftliche Ökonomisierungsdruck eine «umkämpfte normative Fiktion» (Schimank 2008, 221). Allerdings eine mit schwerwiegenden negativen Auswirkungen: beispielsweise auf die Qualität der Wissenschaft und der durch sie gewonnenen Erkenntnisse.

Eine der wichtigsten Auswirkungen der Ökonomisierung der Hochschulen[3] ist die Verstärkung des Standort- und Personenwettbewerbs, der sich auf «Spitzenforschung» und «Exzellenz» konzentriert. Durch Hochschulrankings und -ratings wird versucht, Standorte nach dem Schema «Gewinner und Verlierer» zu klassifizieren. Ratings machen die Leistungen von Universitäten mittels quantifizierbarer Standards «messbar» und damit «vergleichbar». So sind die Einwerbung von Drittmittelerträgen und die Anzahl Publikationen längst zu einem Erfolgsindikator von Hochschulen geworden. Doch die Position im Ranking dient nicht der Qualität von Lehre und Forschung (und bildet diese auch nicht ab), sondern ist höchstens eine Messgrösse für Reputation und ein Weg, weitere symbolische und materielle Gewinne (öffentliche und private Förderung) zu erzielen.

Drittmittelfinanzierung als unternehmerischer Impuls

Auch die Tendenz zur Ökonomisierung der Forschung wird durch politisch beschlossene oder angedrohte Sparmassnahmen vorangetrieben. Diese zwingen die Hochschulen, ihre Forschung über Drittmittel zu gewährleisten. Für das Departement Gesellschaftswissenschaften der Universität Basel etwa betrug der Drittmittelanteil des gesamten Budgets im Jahr 2016 bereits um die vierzig Prozent (Universität Basel 2016, 70). Es ist dabei durchaus politisch beabsichtigt, dass sich die Abhängigkeit der Universitäten und der Forschenden von Drittmitteln öffentlicher und privater Forschungsfonds erhöht.

Der Wettbewerb um Drittmittel schränkt die Forschungsautonomie der Universitätsinstitute und Fächer ein, da die Drittmittelgeber die Auswahl von «förderungswürdigen» Forschungsinhalten treffen. Um im weitgehend intransparenten Wettbewerb um Drittmittel zu bestehen, wird teilweise in vorauseilendem Gehorsam antizipiert, welche Inhalte, Theorietraditionen oder Methoden bei der Bewertung des Forschungsvorhabens Erfolgsaussichten haben: Es wird auf «risikofreie Standardprodukte» gesetzt. Die Konformität von Forschungsvor-

haben verstärkt sich zusätzlich, da bei (inhaltlich meist eher oberflächlichen) Förderentscheiden prämiert wird, worauf man sich in Gremien einigen kann.

Symbolischer und materieller Gewinn von «Spitzenuniversitäten» und «Spitzenforscher*innen» beruhen in hohem Mass auf den Leistungen junger Wissenschaftler*innen des akademischen Mittelbaus, die oft bis weit in die zweite Lebenshälfte in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten – ohne realistische «Karrierechancen» oder Aussicht, als Wissenschaftler*innen längerfristig im Hochschulwesen verbleiben zu können. Viele dieser jungen Wissenschaftler*innen (Doktorierende und Postdocs) müssen mittels Akquirierung von Drittmitteln ihre «eigenen» Stellen erst schaffen: Dabei gehen sie das Risiko ein, für die mehrmonatige Ausarbeitung eines Forschungsdesigns – eine Vollzeitbeschäftigung, oftmals ohne Kopplung an Lohnerwerb – keinen Drittmittelgeber zu finden.

Diese prekären Verhältnisse wirken sozial selektiv auf angehende Forscher*innen, da die Universitäten im Vergleich mit anderen Bereichen (Privatwirtschaft, öffentliche Verwaltung) schlechtere Arbeitsverhältnisse bieten. Dabei geht es nicht primär um die geringere Bezahlung, obgleich Doktorierende oftmals die Hälfte von dem erhalten, was gleich qualifizierte Studienabgänger*innen in der Privatwirtschaft verdienen. Sondern um Stellenentfristung und damit um «berechenbarere» berufliche Werdegänge, die beispielsweise für Familiengründer*innen essenziell sind. Damit wirkt sich die strukturell angelegte «Drittmittelfixierung» nicht nur zulasten des Hochschullehrbetriebs, sondern auch auf individueller Ebene aus.

Der forcierte Wettbewerb verkennt zudem, dass Erkenntnisfortschritt ein kollektiver Prozess ist. Wissenschaftliches Wissen entsteht prozessual, durch aufeinander aufbauende und sich voneinander abgrenzende Analysen. Auch wenn Entdeckungen letztendlich einer einzelnen Person(engruppe) zugeschrieben werden, sie bauen immer auf zahlreichen Einzelbeiträgen von vielen Forscher*innen auf, die unsichtbar bleiben. Da Forscher*innen auf Kooperation, gegenseitige Unterstützung und Kritik angewiesen sind, ist es dysfunktional, Wissenschaft als einen Markt zu organisieren, von dem «Konkurrent*innen» letztlich verdrängt werden müssen.[4]

Kritik und Vernetzung gegen herrschaftsförmiges Wissen

So entscheidend eine Kritik an den Entstehungsbedingungen des universitären Wissens ist, so fatal wäre es, universitärer Forschung jeglichen kritischen Gehalt abzuerkennen und sich von der Universität abzuwenden. Vielmehr sollte es darum gehen, die Hochschule als wichtigen Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu betrachten. Das bedeutet – und dies haben wir in diesem Diskussionsbeitrag ansatzweise versucht –, genauer zu verstehen, worum es bei der gegen-

wärtigen Kontroverse überhaupt geht, um angemessen agieren zu können. Wissenschaftler*innen sollten sich in diesem Sinn auch verstärkt in die politische Debatte um die Freiheit der Wissenschaft einbringen. Dabei birgt die Infragestellung der Wissenschaft auch die Chance, die eigene Haltung zu hinterfragen und zu präzisieren.

Einige Punkte sind uns in dieser Auseinandersetzung besonders wichtig: Während Forschung häufig ausserakademische gesellschaftliche Bereiche analysiert, gilt es, den kritischen analytischen Blick auch auf den Bildungsbereich selbst zu richten – und diesen Verhältnissen sowohl forschend als auch gewerkschaftlich und politisch entgegenzutreten. Ein Aspekt ist dabei eine Stärkung des Arbeitsrechts in einem Bereich, der – so die Selbststilisierung und der Reiz der Wissenschaft – aus Leidenschaft gewählt wird. Es gilt, Wissenschaft als Beruf «gewöhnlicher Menschen» zu betrachten und «gute Arbeitsbedingungen einzufordern» (Streckeisen 2014, 34). Das richtet sich auch gegen eine Normierung des «Wissenschaftlers», durch die Personen abgewertet werden, die nicht dem traditionell männlichen, weissen Wissenschaftler mit 150-prozentiger zeitlicher und emotionaler Hingabe entsprechen. Hier gilt es, vielfältige Lebensweisen und Wissenschaftspraxen zu fördern, die unserer vielfältigen Welt entsprechen.

Darüber hinaus bedarf es der öffentlichen Kritik an den politischen und ökonomischen Prozessen in der Hochschullandschaft – von der Verknappung öffentlicher Mittel bis zur Erhöhung der Studiengebühren. Dies verlangt nach einer stärkeren Vernetzung und kollektiven Organisation zwischen Studierenden und Angestellten und über Instituts-, Departements- und Universitätsgrenzen hinweg. In der Wissenschaft selbst gilt es, Formen einer Wissensproduktion zu entwickeln und durchzusetzen, die etwa auf kooperativeres Arbeiten, kollektivere Formen der Leistungsanerkennung, demokratischere Mittel der Förderungsvergabe, ausreichend Zeit für die Lehre oder ein selbstbestimmteres Studieren zielen.

Wichtig bei diesen Auseinandersetzungen um Wissenschaft ist die Einsicht, dass sie selbst Teil der Vielfachkrise und somit ein Element breiter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist. Zeitdiagnostisch ist bezeichnend, dass die angesprochene Kontroverse um Demokratie und Freiheit der Wissenschaft auch eine Auseinandersetzung zwischen Bürgerlichen um bürgerliche Werte ist. So wünscht sich Nationalrat Eymann – selbst bürgerlich –, «dass sich auf dem Land mehr Bürgerliche für die Uni einsetzen» (BZ 2017). Es stellt sich die Frage, ob es sich bei der Haltung der basellandschaftlichen Bürgerlichen um eine Verabschiedung von bürgerlichen Werten oder um eine Transformation handelt: Geht es um das Ende staatstragender Bürgerlichkeit oder um eine Transformation hin zu neoliberalem Staatsabbau, der sich mit rechtsnationalem Gedankengut verbindet? Jedenfalls zeigt sich: Was «bürgerlich» bezogen auf Wissenschaft und Demokratie überhaupt heisst, ist selbst umstritten.

Aus einer kritischen gesellschaftstheoretischen Perspektive gilt es dabei umso mehr, auch die Grenzen der bürgerlichen Demokratie und des Stellenwerts der Wissenschaft darin zu hinterfragen. Denn in bürgerlichen Gesellschaften besteht, der Dialektik der Aufklärung entsprechend (Horkheimer/Adorno 2000), grundsätzlich die latente Gefahr, dass Wissen herrschaftsförmig wird und in Herrschaft umschlägt. Es bedarf daher einer Abkehr von der Vorstellung, dass Wissenschaft aus einer gesellschaftlich neutralen Position entstehe und normfreies, objektives Wissen herstelle. Gerade (selbst)kritisches Denken muss sich stets bewusst machen, dass (und wie) es gesellschaftlich und historisch situiert ist. Insgesamt sollte Wissenschaft wieder stärker ihr Potenzial ausschöpfen, um zu sinnvolleren und gerechteren Formen der Wissensproduktion und des Zusammenlebens beizutragen.

Anmerkungen

1 Siehe hierzu auch Hasse (2010), Schimank/Volkmann (2008) sowie Schimank (2008).

2 Für eine aktuelle Übersicht über die Vermögensentwicklung, global und in der Schweiz: www.credit-suisse.com/corporate/de/articles/news-and-expertise/global-wealth-report-2017-201711.html und www.srf.ch/news/wirtschaft/vermoegen-in-der-schweiz-reich-aber-ungleich (Abfragen: 14.3.2018).

3 Siehe hierzu Münch (2009; 2016), ein kritischer Beobachter der Hochschulentwicklung seit Beginn der deutschen «Exzellenzinitiative», der die fatalen Auswirkungen der Ökonomisierung der Hochschule eindrücklich dargelegt hat.

4 Zu dieser Form des Effizienzverlusts siehe Schimank/Volkmann (2008, 390).

Literatur

Avenir Suisse, 2004: Hochschule Schweiz. Ein Vorschlag zur Profilierung im internationalen Umfeld. Zürich

BZ, 2017: Ex-Bildungsdirektor Eymann: Die Uni Basel braucht mehr Geld, sonst verliert sie den Anschluss, 2.12. www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/ex-bildungsdirektor-eymann-die-uni-basel-braucht-mehr-geld-sonst-verliert-sie-den-anschluss-131962909 (Abfrage 12.12.2017)

Demirović, Alex / Maihofer, Andrea, 2013: Vielfachkrise und Geschlecht. Überlegungen zu einigen gesellschaftstheoretischen Herausforderungen. In: Nickel, Hildegard M. / Heilmann, Andreas (Hg.): Krise, Kritik, Allianzen. Weinheim, 30–48

Gemperle, Michael / Streckeisen, Peter, 2011: Der Bologna-Prozess als Kristallisationspunkt neoliberaler Umgestaltung der schweizerischen Hochschulen. In: Pöppinghege, Rainer / Klenke, Dietmar (Hg.): Hochschulreformen früher und heute – zwischen Autonomie und gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch. Köln, 247–263

Hasse, Raimund, 2010: Ökonomisierungstendenzen bei Non-Profits, Grossunternehmen und Start-ups – eine theoriegeleitete Diskussion empirischer Trends. In: Endress, Martin / Matys, Thomas (Hg.): Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie. Wiesbaden, 93–119

Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W., 2000 [1944]: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main

Landrat BL, 2015a: Motion 2015-097 von Oskar Kämpfer, SVP-Fraktion: Interkantonale Trägerschaft Universität Basel, eingereicht am 5. März 2015

Landrat BL, 2015b: Protokoll der Landratssitzung vom 10. September 2015. www.baselland.ch/politik-und-behorden/landrat-parlament/sitzungen/traktanden-2010/landratssitzung-vom-10-september-2015/protokoll-der-landratssitzung-vom-10-sep-8 (Abfrage 28.3.2018)

Maihofer, Andrea, 2013: Virginia Woolf – Zur Prekarität feministischer Kritik. In: Hünersdorf, Bettina / Hartmann, Jutta (Hg.): Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse. Wiesbaden

Münch, Richard, 2009: Die Inszenierung wissenschaftlicher Exzellenz. In: Willems, Herbert (Hg.): Theatralisierung der Gesellschaft. Wiesbaden, 485–497

Münch, Richard, 2016: Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus. Fatale Allianzen auf dem deutschen Sonderweg zur wissenschaftlichen Exzellenz. In: Soziologe 45/4, 412–440

NZZ, 2015: Gastkommentar Philip Sarasin: Die Debatte über die Schweizer Geschichte wird fahrlässig, 10.4. www.nzz.ch/die-debatte-ueber-die-schweizer-geschichte-wird-fahrlaessig-ld.206 (Abfrage 12.3.2018)

NZZ, 2017: Philipp Sarasin – Professor im Gefecht, 29.11. www.nzz.ch/feuilleton/professor-im-gefecht-ld.1327038 (Abfrage 12.3.2018)

Tageswoche, 2018: Gastkommentar Christoph Eymann: Abbau an der Uni Basel ist eine schlechte Idee, 16.1. tageswoche.ch/form/kommentar/abbau-der-uni-basel-ist-eine-schlechte-idee/ (Abfrage 26.2.2018)

Telebasel, 2017: Baselbiet könnte mehr an Uni bezahlen. News-Beitrag vom 23.8. telebasel.ch/2017/08/23/baselbiet-koennte-mehr-an-uni-zahlen/ (Abfrage 26.2.2018)

Schimank, Uwe, 2008: Gesellschaftliche Ökonomisierung und unternehmerisches Agieren. In: Maurer, Andrea / Schimank, Uwe (Hg.): Die Gesellschaft der Unternehmen – Die Unternehmen der Gesellschaft. Wiesbaden, 220–236

Schimank, Uwe / Volkmann, Ute, 2008: Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Maurer, Andrea (Hg.): Handbuch der Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden, 382–393

SRF, 2017: «March for Science»: Hunderte demonstrieren in Genf, Tagesschau Spätausgabe Wochenende, 22.4. www.srf.ch/play/tv/tagesschau-spaetausgabe-wochenende/video/march-for-science-hunderte-demonstrieren-in-genf?id=29d02870-16cf-4e97-a129-1992c3fa40b6&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7 (Abfrage 26.2.2018)

Streckeisen, Peter, 2014: Die Universität als Ort des kritischen Denkens heute. In: Denknetz Jahrbuch 2014, 23–35

Universität Basel, 2016: Jahresbericht 2016. Basel

Universität Basel, 2017: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2018–2021. Bikantonaler Bericht von den Regierungen des Kantons Basel-Landschaft und Basel-Stadt, verabschiedet am 20. Juni 2017

Weltwoche, 2012: Vor diesen Professoren wird gewarnt, von Philipp Gut, 8.10. www.weltwoche.ch/ausgaben/2012_40/artikel/vor-diesen-professoren-wird-gewarnt-die-weltwoche-ausgabe-402012.html (Abfrage 2.3.2018)

WOZ, 2017: Anatomie einer Kampagne, 7.12. www.woz.ch/-83b6 (Abfrage 19.4.2018)